

Workshop zur EU-Förderperiode für die Jahre 2021 bis 2027:

Neue Prioritäten und Möglichkeiten diskutiert

Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus ganz Deutschland nahmen bei der Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am Workshop „EU-Förderperiode 2021-2027: Neue Prioritäten und Möglichkeiten“ teil. Im Vordergrund der Diskussion standen die neuen Aspekte der aktuellen Kohäsions- und Strukturfonds der Europäischen Union.

Ein Beitrag von
Ulrich Fikar

Moderiert wurde der Workshop zu den neuen Prioritäten und Möglichkeiten der aktuellen EU-Förderperiode von Michael Schmitz, Referent im Europabüro des Deutschen Landkreistages und Vorsitzender der Expertengruppe „Territoriale Kohäsion“ beim europäischen RGRE-Dachverband „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR). Als Diskussionsteilnehmer war Kai Stryczynski, stellvertretender Referatsleiter der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission, virtuell zugeschaltet. Anwesend waren Jonas Scholze, Leiter des Brüsseler Büros des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., Dr. Joachim Schwind, Geschäftsführer des Niedersächsischen Landkreistages, und Thomas Trepmann vom Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung. Komplettiert wurde die Runde von Dr. Frank-Peter Heidrich vom Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser.

Michael Schmitz leitete die Veranstaltung ein, indem er die Ziele der **europäischen Kohäsionspolitik**, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern, darlegte. Die Strukturfonds stellen eine Säule der europäischen Politik dar. Mit Verweis auf die primärrechtlichen Grundlagen zeigte Schmitz auf, dass Kohäsion als horizontales Ziel verstanden werden müsse, zu dem alle Politikbereiche beitragen sollten. Es gehe also einerseits darum, Fördermittel einzusetzen, andererseits durch sinnhafte Regulierung langfristig wirtschaftliche, soziale und terri-



Foto: Barbara Baltisch

toriale Entwicklung in der EU insgesamt voranzutreiben. Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds seien bisher die wichtigsten, weil langfristigen Investitionsinstrumente der EU. Die Anfänge europäischer Förderung gingen auf die 1960er-Jahre zurück, damals mit dem Schwerpunkt der Agrarförderung.

Für die laufende Förderperiode der europäischen Kohäsionspolitik wurden im **Haushalt der EU** insgesamt 392 Milliarden Euro für die Jahre 2021 bis 2027 bereitgestellt. Schmitz verwies auf die schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen die rechtliche Grundlage der aktuellen Förderperiode und die zur Verfügung stehenden Mittel auf europäischer Bühne verhandelt wurden. Als Herausforderungen nannte er zum Beispiel den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU und die daraus resultierende Finanzierungslücke im EU-Haushalt. Während der Corona-Pandemie kamen die Verhandlungen über die Aufbau- und Resilienzfähigkeit hinzu.

Thomas Trepmann, Dr. Joachim Schwind, Jonas Scholze und Dr. Frank-Peter Heidrich waren nach Hannover gekommen, um mit den RGRE-Delegierten über die neue EU-Förderperiode zu diskutieren (v. links)

Zum Autor:

Ulrich Fikar ist Referent im Europabüro des Deutschen Städtetages (DST).

Schmitz lobte insbesondere die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, dass es unter diesen Bedingungen gelungen sei, die Verhandlungen zu einem Ende zu führen und die neue Förderperiode auf den Weg zu bringen.

Bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik stellte Schmitz zwei Hürden für die kommunale Ebene heraus: Erstens werden die Europäischen Struktur- und Investmentfonds in geteilter Mittelverwaltung ausgeschüttet, in Deutschland primär auf Ebene der Bundesländer. Hier mahnte Schmitz an, dass bei der Erstellung der Operationellen Programme die Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften nicht immer so sei, wie die Kommunen und Kommunalverbände sich dies wünschten. Er verwies auf das europarechtlich verankerte Partnerschaftsprinzip, dass in Deutschland bislang wenig Beachtung erfahre. Zweitens kritisierte Schmitz, dass der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) aus der Dachverordnung der Strukturfonds ausgegliedert wurde.

Prioritäten der neuen EU-Förderperiode

Kai Stryczynski, stellvertretender Referatsleiter der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission, beleuchtete die Prioritäten der neuen EU-Förderperiode. Danach sollen in den Jahren 2021 bis 2027 in fünf politischen Zielen Fortschritte erzielt werden:

1. ein „intelligenteres Europa“ durch Innovation, Digitalisierung, wirtschaftlichen Wandel sowie Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen;
2. ein „grüneres, CO₂-freies Europa“, worunter Investitionen in die Energiewende, die Anpassung an den Klimawandel, die Kreislaufwirtschaft, der Erhalt der Biodiversität und grüne Infrastruktur sowie der Schutz der Umwelt fallen;
3. ein „stärker vernetztes Europa“ mit Blick auf strategische Verkehrs- und Digitalnetze;
4. ein „sozialeres Europa“, das hochwertige Arbeitsplätze, Bildung, Qualifizierung, soziale Inklusion und den gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung und einen nachhaltigen Tourismus unterstützt;
5. ein „bürger näheres Europa“, das eine nachhaltige integrierte Stadt- und Regionalentwicklung und lokal geführte Entwicklungsstrategien sowie unter anderem das Naturerbe fördert.

Stryczynski schloss daran an, dass es durch die neuen Prioritäten keine „Revolution“ gegeben habe, aber Akzente verändert worden seien. Für Deutschland dürften die politischen Ziele 1 und 5 am wesentlichsten sein. Priorität 2 ist als Querschnittsthema Klimawandel ebenfalls von Bedeutung.

In der Diskussion fasste Stryczynski den Stand der Operationalen Programme in Deutschland zusammen. Demnach haben 15 Bundesländer zum Zeitpunkt der RGRE-Delegiertenversammlung ihre Programme bei der Europäischen Kommission zur Prüfung eingereicht. Stryczynski und seine Abteilung befinden sich mit diesen Ländern in Gesprächen. Der Kommissionsvertreter zeigte sich



Foto: Ines Schiermann / Regio Hannover

Der stellvertretende Referatsleiter der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission, Kai Stryczynski, war virtuell zugeschaltet und wurde von Moderator Michael Schmitz befragt

optimistisch, dass die Programme bald beginnen könnten, da aktuell keine größeren Hindernisse zu sehen seien. Mit Blick auf die Beteiligungsmöglichkeiten der Kommunen beschrieb er die Unterschiedlichkeiten der Begleitausschüsse in Deutschland. Manche würden formal ablaufen, andere wiederum seien belebt. Die Kommission stelle jedoch fest, dass die großen Interessensgruppen in den Begleitausschüssen vertreten seien und sich Deutschland auf einem guten Weg befinde.

Diskussionsergebnisse

Insgesamt wurde der EU-Kohäsionspolitik eine Wirksamkeit bescheinigt. Die Förderschwerpunkte „Intelligentes Europa“ oder „Bürger nahes Europa“ sowie die verstärkte fachliche Dimension, etwa bei der integrierten Stadtentwicklung und interkommunalen Zusammenarbeit wurden besonders gelobt.

Dennoch belasten die Kommunen altbekannte Probleme, wie die hohen Transaktionskosten und der akute Personalmangel in der Antragsstellung und Durchführung der Projekte. Kritisiert wurde zudem, dass der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) aus der Dachverordnung zu den Strukturfonds ausgegliedert wurde.

Auf großes Interesse stieß das innovative Modell „Zukunftsregionen in Niedersachsen“, das Kommunen erlaubt, sich zusammenzuschließen und innerhalb des gesteckten Rahmens weitgehend frei eigene Fördermaßnahmen zu erarbeiten.

Gefragt, ob die Kohäsionspolitik insgesamt wirke, hob Stryczynski hervor, dass sich die aktuelle Förderperiode verstärkt um strukturschwache Regionen in Europa bemühe oder Regionen unterstütze, die sich in einem Strukturwandel befinden. Auch Nettozahler wie Deutschland würden profitieren, wenn andere Regionen in Europa mit Hilfe von EU-Fördermitteln aufgebaut würden. Beispielhaft nannte er den florierenden Handel Deutschlands mit Polen.

Alle Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass die EU-Kohäsionspolitik insgesamt wirkt. Insbesondere die Schwerpunkte „Intelligentes Europa“ und „Bürgernahes Europa“ in der neuen Förderperiode wurden gelobt, da hier die kommunale Ebene stärker berücksichtigt werde. Dr. Joachim Schwind, Geschäftsführer des Niedersächsischen Landkreistages, verwies jedoch auf die hohen Transaktionskosten für die Kommunen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops bestätigten seinen Eindruck, dass die Personaldichte in den Kommunen oft nicht ausreiche, um Förderanträge fertigzustellen. Dr. Schwind wünschte sich mehr Flexibilität für die Verwendung der Fördergelder in den Kommunen.

Städtische und ländliche Entwicklung

Jonas Scholze vom Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. betrachtete den Nutzen der EU-Förderpolitik für die städtische Entwicklung. Die Kohäsion sei ein Steuerungsmittel der Politik und müsse im gesamten europäischen System gesehen werden. Auch Bundes- und Landespolitik verwirklichten Ziele durch die Kohäsion. So kämen Studien zum Schluss, dass bundes- und landespolitische Strategien immer gut von den Strukturfonds unterstützt würden. Dadurch komme der europäischen Kohäsionspolitik eine Hebelwirkung für weiterreichende Entwicklungen zu. Die Änderungen für die neue Förderperiode sorgten für eine stärkere Berücksichtigung der fachlichen Dimension. Dies biete einen Mehrwert für Ansätze der integrierten Stadtentwicklung und der interkommunalen Zusammenarbeit.

Unter dem Stichwort Beteiligung der Kommunen wusste Thomas Trepmann vom Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung zu berichten. Trepmann zeigte sich zufrieden mit dem bisherigen Verlauf und den bereits erreichten Ergebnissen der LEADER-Regionen. Insgesamt habe sich aus seiner Sicht der umfassende sächsische LEADER-Ansatz seit dem Jahr 2014 bewährt.



Foto: Ines Schiermann / Regio Hannover

Die sächsischen LEADER-Gebiete hätten ihre Freiheit, Projekte und Förderhöhen selbst zu bestimmen, mit hohem Verantwortungsbewusstsein, Eigeninitiative und Kreativität genutzt. Sein Ministerium habe festgestellt, dass die Kommunen viel sparsamer mit dem Fördergeld umgingen, wenn sie selbst Verantwortung trügen. Der sächsische Weg, mit dem die LEADER-Gebiete große Eigenverantwortung für die Formulierung und Umsetzung ihrer regionalen Strategien erhalten, solle daher auch in der neuen Förderperiode fortgesetzt werden.

Dr. Frank-Peter Heidrich vom Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser stellte das Programm [„Zukunftsregion in Niedersachsen“](#) vor, das in der aktuellen Förderperiode umgesetzt werden soll. Wie Dr. Heidrich erläuterte, liefen dem Modell mehr als zwei Jahre Planung voraus, bevor das Förderprogramm im Sommer 2021 vorgestellt wurde. Das Prinzip sei simpel. So sollen Regionen und kreisfreie Städte unter Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner kreisübergreifende Konzepte für die Lösung wichtiger Zukunftsaufgaben erarbeiten. Für die Maßnahmen aus dem Konzept erhielten sie EU-Fördermittel vom Land und Gestaltungsfreiheit in der Verwendung. Bis 2027 stünden insgesamt mehr als 95 Millionen Euro aus EU-Mitteln für das Programm zur Verfügung. Teilnehmende zeigten sich sehr interessiert an diesem Modell und es wurde deutlich, dass es Bedarf nach neuen, innovativen Wegen der Mittelvergabe durch die Länder gibt, die den Kommunen mehr Flexibilität zugestehen.

Als Fazit des Workshops waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass die EU-Strukturförderung wirkt. Die Kommunen sehen aber Verbesserungsbedarf, etwa um den bürokratischen und personellen Aufwand zu reduzieren. Die Länder sollten flexible, dezentrale und freie Konzepte für die kommunale Ebene bei der Ausschüttung der Gelder erproben und einsetzen. ■

Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus ganz Deutschland nahmen am Workshop „EU-Förderperiode 2021-2027: Neue Prioritäten und Möglichkeiten“ teil

Infos

Europäische Kohäsionspolitik 2021-2027:

https://ec.europa.eu/regional_policy/de/2021_2027/

Haushalt der europäischen Kohäsionspolitik 2021-2027:

https://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/panorama/2021/12/12-01-2021-cohesion-policy-2021-2027-budget-in-brief

Programm „Zukunftsregion in Niedersachsen“:

<https://www.mb.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/14-regionen-wollen-zukunftsregion-in-niedersachsen-werden-206479.html>